

**„Arbeitsplatzausstattung“ und
„Arbeitsplatzlücke“ nach Geschlechtern
in Ost- und Westdeutschland**

*Hans-Ulrich Brautzsch, Johann Fuchs (IAB),
Cornelia Lang*

Mai 2006

Nr. 9

**„Arbeitsplatzausstattung“ und
„Arbeitsplatzlücke“ nach Geschlechtern
in Ost- und Westdeutschland**

*Hans-Ulrich Brautzsch, Johann Fuchs (IAB),
Cornelia Lang*

Mai 2006

Nr. 9

Autoren: Dr. Hans-Ulrich Brautzsch
Institut für Wirtschaftsforschung Halle
Abteilung Makroökonomik
Email: Ulrich.Brautzsch@iwh-halle.de
Tel.: (0345) 77 53-775

Dr. Johann Fuchs
Institut für Arbeitsmarktforschung Nürnberg
Forschungsbereich 3 „Wachstum, Demographie und Arbeitsmarkt“
Email: Johann.Fuchs@iab.de
Tel.: (911) 179 3298

Dr. Cornelia Lang
Institut für Wirtschaftsforschung Halle
Abteilung Makroökonomik
Email: Cornelia.Lang@iwh-halle.de
Tel.: (0345) 77 53-802

The responsibility for discussion papers lies solely with the individual authors. The views expressed herein do not necessarily represent those of the IWH. The papers represent preliminary work and are circulated to encourage discussion with the author. Citation of the discussion papers should account for their provisional character; a revised version may be available directly from the author.

Anregungen und kritische Bemerkungen zu den dargestellten Untersuchungsergebnissen sind jederzeit willkommen und erwünscht.

Herausgeber:
INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG HALLE – IWH
Prof. Dr. Ulrich Blum (Präsident), Dr. Hubert Gabrisch (Forschungsdirektor)
Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Hausanschrift: Kleine Märkerstraße 8, 06108 Halle (Saale)
Postanschrift: Postfach 11 03 61, 06017 Halle (Saale)
Telefon: (0345) 77 53-60
Telefax: (0345) 77 53-8 20
Internetadresse: <http://www.iwh-halle.de>

„Arbeitsplatzausstattung“ und „Arbeitsplatzlücke“ nach Geschlechtern in Ost- und Westdeutschland

Abstract

The paper investigates (a) the number and structure of available jobs by gender in East and West Germany, (b) the gap between the supply and demand of jobs by gender in both regions and (c) the reasons for the wider “job gap” in East Germany compared with West Germany. The paper uses data from the Regional National Accounts and the Federal Labor Office. The analysis shows no significant difference in the number of jobs per 1000 persons in working age between East and West Germany. For women, the East German economy offers more jobs. Nevertheless, the gap between labour demand and the supply of jobs is wider in East Germany. This is caused not only by problems concerning the production structure, but also by the significantly higher participation rate of women in the labor market. Reasons are the traditional behaviour of East German woman and – compared with West Germany – the considerably lower household income

Keywords: employment, underemployment, labor demand, labor supply, East Germany, West Germany

JEL Klassifikation: J16, J21, J23

Zusammenfassung

In dem vorliegenden Aufsatz werden (a) Umfang und Struktur der vorhandenen Arbeitsplätze nach Geschlechtern in Ost- und Westdeutschland, (b) das geschlechtsspezifische Ausmaß der „Arbeitsplatzlücke“ in beiden Großregionen sowie (c) die Ursachen für die – gemessen an Westdeutschland – höhere „Arbeitsplatzlücke“ in Ostdeutschland auf der Grundlage von Daten der Regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und der Bundesagentur für Arbeit untersucht. Die Analyse zeigt, dass im Jahr 2003 die „Arbeitsplatzausstattung“ je 1000 Erwerbsfähigen in Ostdeutschland fast genau so hoch war wie in Westdeutschland. Bei den Frauen lag sie sogar über dem westdeutschen Vergleichswert. Dennoch ist die Diskrepanz zwischen dem Arbeitsangebot und der Nachfrage bei den ostdeutschen Frauen und Männern erheblich größer. Dies ist zum einen auf strukturelle Ursachen und zum anderen auf die höhere Erwerbsneigung der ostdeutschen Frauen zurückzuführen, die insbesondere durch das tradierte Verhaltensmuster nach Erwerbsarbeit sowie die geringeren Haushalteinkommen in Ostdeutschland bedingt ist.

Schlagworte: Beschäftigung; Unterbeschäftigung, Arbeitsangebot, Arbeitsnachfrage, Ostdeutschland, Westdeutschland

Inhaltsverzeichnis

1. Einführung	5
2. Datenbasis und Vorgehensweise	7
3. Die „Arbeitsplatzausstattung“	8
4. Die „Arbeitsplatzlücke“	10
5. Ursachen für die geschlechtsspezifische „Arbeitsplatzlücken“ in Ost- und Westdeutschland	16
6. Schlussbemerkungen	22
Literaturverzeichnis	23

1. Einführung

Den ostdeutschen Personen im erwerbsfähigen Alter stehen fast ebenso viele Arbeitsplätze zur Verfügung wie den westdeutschen (vgl. Brautzsch 2004): Im Jahr 2003 kamen auf 1 000 ostdeutsche Erwerbsfähige 641 Arbeitsplätze, bei den westdeutschen Erwerbsfähigen waren es 706 Arbeitsplätze.¹ Damit erreichten die Ostdeutschen – bezogen auf die Zahl der „Köpfe“ – 91% des westdeutschen Vergleichswertes. Berücksichtigt man, dass in Ostdeutschland die Jahresarbeitszeit höher ist als in Westdeutschland, so ist die Angleichung noch weiter fortgeschritten.

Trotz dieser bemerkenswerten Annäherung ist die Diskrepanz zwischen dem Angebot und der Nachfrage nach Arbeitsplätzen in Ostdeutschland deutlich größer als in Westdeutschland. Bei einem Angebot von ca. 5,6 Millionen Stellen im ersten Arbeitsmarkt fehlten im Jahr 2003 in Ostdeutschland ca. 1,7 Millionen Arbeitsplätze.² Diese „Arbeitsplatzlücke“ ergibt sich summarisch aus der Zahl der registrierten Arbeitslosen und der Stillen Reserve. Bezieht man diese „Arbeitsplatzlücke“ auf die Zahl der Erwerbsfähigen, dann fehlten in Ostdeutschland je 1 000 Erwerbsfähige 178 Arbeitsplätze, in den alten Bundesländern waren es 93. Damit ist die „Arbeitsplatzlücke“ in Ostdeutschland fast doppelt so groß wie in Westdeutschland.

Eine naheliegende Erklärung für die doppelt so hohe „Arbeitsplatzlücke“ in Ostdeutschland besteht in der nach wie vor höheren Erwerbsneigung der ostdeutschen Frauen (vgl. beispielsweise Fuchs und Weber 2004; Brautzsch 2005). Zwar war im Jahr 2003 der Anteil der erwerbstätigen Frauen an den Erwerbsfähigen mit rund 58% in Ost- und Westdeutschland in etwa gleich.³ Der Anteil der weiblichen Erwerbspersonen an den erwerbsfähigen Frauen lag jedoch noch um 9 Prozentpunkte über dem westdeutschen Vergleichswert.

Eine weitere Ursache für die erheblich größere „Arbeitslücke“ in Ostdeutschland dürfte darin bestehen, dass im Zuge des abrupten Strukturwandels in Richtung einer „nachho-

¹ Wenn im Folgenden von Arbeitsplätzen *in* Ostdeutschland bzw. *in* Westdeutschland gesprochen wird, dann sind die Erwerbstätigen (Inland) in Ostdeutschland bzw. Westdeutschland angesprochen (Arbeitsortprinzip). Bei den Arbeitsplätzen, die *durch* Ostdeutsche bzw. *durch* Westdeutsche besetzt sind, sind die Erwerbstätigen (Inländer) gemeint (Wohnortprinzip).

² Das hier zugrunde liegende Unterbeschäftigungskonzept, das auch vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit und dem Institut für Wirtschaftsforschung Halle verwendet wird, unterscheidet sich von der Definition der Unterbeschäftigung der International Labour Organization (ILO). Nach diesem Konzept der Unterbeschäftigung, das sich ausschließlich auf erwerbstätige Personen bezieht, soll versucht werden, ein möglicherweise partiell vorhandenes Fehlen von Arbeit bei den Erwerbstätigen aufzudecken (Rengers 2006, 238 f.).

³ Dieser Vergleich beruht auf Angaben des Mikrozensus. Bei dieser Erhebung wird Berlin-Ost den Neuen Bundesländern, Berlin-West den alten Bundesländern zurechnet (vgl. auch Fußnote 9).

lenden“ Tertiarisierung in Ostdeutschland insbesondere produktionsorientierte Arbeitsplätze im Produzierenden Gewerbe, die vornehmlich von Männern besetzt waren, überproportional abgebaut wurden, während vorrangig Frauen von den zusätzlichen Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor profitiert haben.⁴ Damit hat die nunmehr entstandene Produktionsstruktur in Ostdeutschland dazu beitragen, dass Frauen ihre traditionell hohe Erwerbsbeteiligung bzw. Erwerbsneigung eher beibehalten konnten, während die Männer offensichtlich die Verlierer dieses rasanten Strukturwandels sind.⁵ Bestätigt sich diese Vermutung, dann ist das in der Öffentlichkeit vorhandene Bild, die ostdeutschen Frauen seien seit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion negativer von den Umwälzungen am ostdeutschen Arbeitsmarkt betroffen als ihre männlichen Kollegen, ein Stück weit widerlegt, zumindest aber relativiert, da in diesen Verwerfungen auch eine Chance für die Integration der Frauen liegt.

Mit dem vorliegenden Aufsatz wird das Ziel verfolgt, (a) Umfang und Struktur der vorhandenen Arbeitsplätze nach Geschlechtern in Ost- und Westdeutschland zu ermitteln, (b) das geschlechtsspezifische Ausmaß der „Arbeitsplatzlücke“ in beiden Großregionen zu bestimmen sowie (c) die Ursachen für die – gemessen an Westdeutschland – höhere „Arbeitsplatzlücke“ in Ostdeutschland zu diskutieren. Entsprechend dieser Zielstellung ist der Beitrag gegliedert.

⁴ Der Anteil des Produzierenden Gewerbes an den Erwerbstätigen insgesamt nahm in Ostdeutschland von 45,9% (Westdeutschland: 39,7%) im Jahr 1989 auf 25,7% (Westdeutschland: 27,0%) im Jahr 2003 ab (*Statistisches Bundesamt* 2000; *Statistisches Bundesamt*, Fachserie 18, Reihe 1.3; *Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder* 2005).

⁵ Inwieweit dies zu einer Ausweichreaktion der Männer in frauendominierte Branchen führt, wird im Rahmen dieser Untersuchung nicht weiter verfolgt. Zu dieser Problematik vgl. beispielsweise *Falk* (2002).

2. Datenbasis und Vorgehensweise

Die „Arbeitsplatzausstattung“ wird auf der Grundlage von amtlichen Daten der Bundesagentur für Arbeit und des Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung der Länder in der Untersetzung nach sozialversicherungspflichtig Voll- bzw. Teilzeitbeschäftigten, ausschließlich geringfügig Beschäftigten, Selbständigen (einschließlich der mithelfenden Familienangehörigen) und sonstigen Erwerbstätigen (z. B. Beamten) ermittelt. Bei der Berechnung der „Arbeitsplatzausstattung“ und der „Arbeitsplatzlücke“ wird ein bilanzieller Ansatz gewählt, wie er beispielsweise auch vom IAB (vgl. Autorengemeinschaft 2003) angewendet wird: Die „Arbeitsplatzlücke“ ergibt sich dabei als Summe aus registrierter Arbeitslosigkeit, der Stillen Reserve in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und der Stillen Reserve i. e. S.⁶ Während die ersten beiden Komponenten aus den veröffentlichten Daten der Bundesagentur entnommen werden, kann man die Stille Reserve i. e. S. empirisch nicht exakt ermitteln, und sie muss daher geschätzt werden. Dafür gibt es im Wesentlichen zwei Methoden: Zum einen wird die Stille Reserve mit Hilfe ökonomischer Modelle ermittelt. Diesen Ansatz verfolgt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) (Fuchs 2002). Zum anderen kann sie auf der Grundlage von Befragungen geschätzt werden (Holst 2000). Bei beiden Methoden sind die Angaben zur Stillen Reserve im engeren Sinne mit größeren Schätz- bzw. Erfassungsfehlern behaftet und können deshalb nur eine Größenordnung markieren. Im Folgenden werden die neuesten Schätzergebnisse zur Stillen Reserve des IAB verwendet (vgl. Fuchs und Weber 2005 a,b).

In der vorliegenden Analyse wird – soweit nicht anderes angegeben – Berlin den alten Bundesländern zugerechnet. Zwar ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt in Berlin in vielerlei Hinsicht mit der Situation in den neuen ostdeutschen Flächenländern vergleichbar. So liegen die Arbeitslosenquoten in Berlin und in den ostdeutschen Flächenländern dicht beieinander. Die wirtschaftliche Leistungskraft Berlins ist jedoch – gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Einwohner – um ca. 20% höher als die der ostdeutschen Flächenländer, sodass aus der Sicht des wirtschaftlichen Entwicklungsstandes Berlin den alten Bundesländern zuzurechnen ist.

Als Jahr der Untersuchung wird 2003 gewählt, da für dieses Jahr differenzierte Angaben zu den Teilnehmerzahlen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in Berlin vorlagen und so die regionale Abgrenzung der neuen Bundesländer ohne Berlin bzw. der alten Bundesländer mit Berlin exakt vorgenommen werden konnte.

⁶ Zur *Stillen Reserve im engeren Sinne* gehören insbesondere Personen, die beschäftigungslos sind und Arbeit suchen, ohne bei den Arbeitsagenturen als arbeitslos registriert zu sein sowie Personen, die bei ungünstiger Lage auf dem Arbeitsmarkt die Arbeitssuche entmutigt aufgegeben haben, bei guter Arbeitsmarktsituation aber Arbeitsplätze nachfragen würden.

3. Die „Arbeitsplatzausstattung“

Innerhalb der Großregion Ostdeutschland, d. h. ohne Berücksichtigung der Auspendler, hatten im Jahr 2003 von je 1 000 Erwerbsfähigen 598 Personen einen Arbeitsplatz, in Westdeutschland waren es 717.⁷ Dies entspricht 83% des westdeutschen Vergleichswertes (vgl. Tabelle 1).⁸ Zwischen den Beschäftigtengruppen gibt es jedoch erhebliche Unterschiede. Ein relativ hoher Anpassungsstand besteht mit 91% bei den sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten, während bei den ausschließlich geringfügig entlohnnten Beschäftigten nur 64% des westdeutschen Wertes erreicht wird.

Bei einem Vergleich der Arbeitsplatzausstattung muss allerdings beachtet werden, dass deutlich mehr Ostdeutsche einen Arbeitsplatz in den alten Bundesländer haben als umgekehrt. Im Jahr 2003 überstieg die Zahl der Auspendler in Ostdeutschland die Zahl der Einpendler um etwa 430 000. Werden diese Pendlerströme in die Berechnung mit einbezogen, so kamen auf 1 000 erwerbsfähige Ostdeutsche 641 Arbeitsplätze. Dies entspricht 91% des westdeutschen Wertes.

Berücksichtigt man zudem die höheren Jahresarbeitszeiten in Ostdeutschland, so ergibt sich folgendes Bild: Das *in* Ostdeutschland verfügbare Arbeitsvolumen (in Stunden) je 1 000 Erwerbsfähige belief sich im Jahr 2003 auf 89% des westdeutschen Referenzwertes. Bei Einbeziehung der – in Arbeitsstunden ausgedrückten – Pendlerströme erreichten *die* Ostdeutschen sogar einen Anpassungsstand von 97%.

Betrachtet man die geschlechtsspezifische „Arbeitsplatzausstattung“, so kamen in Ostdeutschland auf 1000 erwerbsfähige Frauen 591 Arbeitsplätze.⁹ Dies waren 89% des

⁷ Mit dem Bezug auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter 15 bis 64 Jahre werden unterschiedliche Größenordnungen vergleichbar gemacht. Die Begrenzung 15 bis 64 Jahre wurde gewählt, obwohl (auch ohne Rente mit 67) durchaus einige Menschen über dieses Alter hinaus arbeiten. Allerdings sind das sehr wenige, so dass ein breiteres Altersintervall, z. B. bis 69 Jahre, einen eher verzerrenden Effekt hätte. Mit dem Bezug auf die Erwerbsfähigen wird auch der Einfluss der Erwerbsbeteiligung ausgeschaltet.

⁸ In die Berechnung der „Arbeitsplatzausstattung“ beider Großregionen müssten streng genommen auch die offenen Stellen einbezogen werden. Im Jahr 2003 gab es in Westdeutschland (ohne Berlin) ca. 680 000 und in Ostdeutschland (mit Berlin) ca. 145 000 offene Stellen (vgl. *Kettner und Spitznagel* 2005). Bezogen auf 1 000 Erwerbsfähige waren dies in Westdeutschland (ohne Berlin) etwa 15,6 und in Ostdeutschland etwa 12,2 offene Stellen. Der Osten erreicht damit 78% des westdeutschen Vergleichswertes. Bei einem Angleichungsstand bei der „Arbeitsplatzausstattung“ bei den Erwerbstätigen (Inland) von 83% würde die Berücksichtigung der offenen Stellen nur zu einer sehr geringfügigen Korrektur der Ergebnisse führen. Da Angaben zu den offenen Stellen nach Geschlechtern ohnehin nicht vorliegen, muss im Folgenden auf deren Berücksichtigung verzichtet werden.

⁹ Bei diesem Vergleich wird – wie in Abschnitt 2 erläutert wurde – Berlin *nicht* zu den neuen Bundesländern gezählt. Bei den Berechnungen wurden die kürzlich die vom IAB veröffentlichten Partizipationsraten bzw. Jahresarbeitszeiten für Frauen und Männer für die Neuen Bundesländer *einschließlich* Berlin (vgl. *Wanger* 2005, 2006) auf die neuen Bundesländer übertragen; d. h., es wird unterstellt, dass sich die

Tabelle 1:

Arbeitsplatzausstattung nach Geschlecht in Ost- und Westdeutschland^a im Jahr 2003

	Frauen			Männer			Insgesamt		
	NBL	ABL	ABL=100	NBL	ABL	ABL=100	NBL	ABL	ABL=100
	Personen je 1 000 Erwerbsfähige ^b		%	Personen je 1 000 Erwerbsfähige ^b		%	Personen je 1 000 Erwerbsfähige ^b		%
SV-pflichtige Vollzeitbeschäftigte	340	309	110	415	520	80	379	416	91
+ SV-pflichtige Teilzeitbeschäftigte	108	138	79	18	24	73	62	80	77
+ ausschließlich geringfügig Entlohn	63	118	53	43	48	89	53	83	64
+ Selbständige	40	51	79	76	101	75	58	76	77
+ sonstige	40	50	80	52	73	72	46	62	75
= Erwerbstätige (Inland)	591	665	89	604	767	79	598	717	83
+ Pendlersaldo	27	-7		58	-14		43	-11	
= Erwerbstätige (Inländer)	618	658	94	663	753	88	641	706	91
Geleistete Arbeitsstunden je Erwerbsfähigen									
Geleistetes Arbeitsvolumen (Inland)	800	756	106	1 001	1 274	79	904	1 018	89
Geleistetes Arbeitsvolumen (Inländer)	830	747	111	1 098	1 251	88	968	1 002	97

^a Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin. – ^b Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder; Wanger (2005, 2006); Berechnungen des IWH/IAB.

westdeutschen Vergleichswertes. Bei den SV-pflichtigen Vollzeitbeschäftigten lagen die Frauen in Ostdeutschland klar vor den Frauen in Westdeutschland, während Frauen in Ostdeutschland gerade einmal halb so häufig ausschließlich geringfügige Beschäftigungsverhältnisse eingegangen waren als Frauen in Westdeutschland. Das Arbeitsvolumen, das durchschnittlich von einer erwerbsfähigen ostdeutschen Frau geleistet wurde, überstieg das der westdeutschen Frauen um 11 Prozentpunkte. Umgekehrt war die Ausstattung von Arbeitsplätzen bei den ostdeutschen Männern erheblich niedriger als bei den westdeutschen Männern. Je erwerbsfähigen ostdeutschen Mann wurden 12 Prozentpunkte weniger Arbeitsstunden geleistet als in Westdeutschland. Insgesamt haben – gemessen an den westdeutschen Vergleichswerten – die ostdeutschen Frauen eine besonders günstige, die ostdeutschen Männer hingegen eine schlechtere Präsenz auf dem Arbeitsmarkt.

Partizipationsraten und die Jahresarbeitszeiten in Berlin und den neuen Flächenländern nicht unterscheiden. Gleichzeitig wurde angenommen, dass die Partizipationsraten und die Jahresarbeitszeiten von den alten Bundesländern und Berlin identisch sind. Daraus resultieren gewisse Einschränkungen bei einem Vergleich mit den Ergebnissen, die auf der Grundlage des Mikrozensus gewonnen wurden (vgl. Fußnote 3). So beträgt die „Arbeitsplatzausstattung“ der ostdeutschen Frauen (Inländer) bei dieser Betrachtungsweise „nur“ 94% des westdeutschen Vergleichswertes.

4. Die „Arbeitsplatzlücke“

Die „Arbeitsplatzlücke“ umfasst – wie bereits erwähnt – die Gesamtheit aller unterbeschäftigten Personen. Dies sind die Personen, die als arbeitslos bei den Arbeitsagenturen registriert sind, an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teilnehmen bzw. zur sogenannten „Stille Reserve i. e. S.“ zählen.

Arbeitslose und Erwerbslose

Üblicherweise steht die Zahl der bei den Arbeitsagenturen registrierten Arbeitslosen im Vordergrund des öffentlichen Interesses. Arbeitslose sind nach dem SGB III Personen, die vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen oder weniger als 15 Stunden pro Woche arbeiten, eine versicherungspflichtige Beschäftigung suchen und dabei den Vermittlungsbemühungen zur Verfügung stehen, sowie bei einer Agentur für Arbeit arbeitslos gemeldet sind. Dies führt in der amtlichen Statistik dazu, dass eine Person, die weniger als 15 Stunden pro Woche arbeitet, sowohl als Erwerbstätiger als auch als Arbeitsloser registriert ist. Neuesten Schätzungen zufolge sind etwa 600 000 der registrierten Arbeitslosen statistisch zugleich als Erwerbstätige erfasst.¹⁰

Ein alternatives Messkonzept dazu ist die nach internationalen Kriterien („Labour-Force“-Konzept) abgegrenzte Erwerbslosigkeit.¹¹ Nach der Definition des International Labour Office (ILO) haben Erwerbslose kein Arbeitsverhältnis, bemühen sich aber aktiv um eine Arbeitsstelle, wobei es keine Rolle spielt, ob sie beim Arbeitsamt gemeldet sind oder nicht. Erwerbslose müssen nach dem ILO-Konzept sofort bzw. innerhalb von zwei Wochen für eine neue Tätigkeit verfügbar sein. Eine Stundengrenze – wie bei den registrierten Arbeitslosen – gibt es für ihren Jobwunsch nicht. Theoretisch genügt es, wenn eine Tätigkeit für eine einzige Wochenstunde gesucht wird. Erwerbslose können deshalb nicht wie Arbeitslose (geringfügig) erwerbstätig sein. Wer auch eine einzige Wochenstunde arbeitet, gilt nach diesem Konzept statistisch als erwerbstätig. Insofern unterstellt die Statistik nach dem ILO-Konzept, dass ein Erwerbsloser einen Arbeitsplatz sucht, ein geringfügig Beschäftigter mit vielleicht auch nur einer Wochenarbeitsstunde dagegen

¹⁰ Errechnet anhand von IAB Handbuch Arbeitsmarkt, Datenanhang, Seite 214 (*Bach u.a.* 2005).

¹¹ Die Zahl der Erwerbslosen wird seitens des Statistischen Bundesamtes im Rahmen des Mikrozensus (MZ), also etwa im April/Mai des Jahres, erhoben. Seit Anfang 2005 stehen außerdem Monatsergebnisse für die Erwerbslosen zur Verfügung, die auf den Ergebnissen einer monatlich durchgeführten Telefonerhebung beruhen (vgl. beispielsweise *Hartmann und Riede* 2005; *Rengers* 2005).

nicht.¹² Für die Berechnung und Analyse der Arbeitsplatzlücke ist deshalb das Arbeitslosenkonzept vorzuziehen.¹³

Stille Reserve

Zur Stillen Reserve zählen diejenigen, die grundsätzlich erwerbsbereit sind, aber in Zeiten einer schlechten Arbeitsmarktlage sowohl aus objektiven wie aus subjektiven Gründen nicht mehr in offiziellen Statistiken erscheinen: Viele Personen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, nehmen an arbeitsmarktpolitischen Programmen teil, wie beispielsweise an Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung.¹⁴ Andere geben entmutigt die Arbeitsplatzsuche auf, weil sie sich chancenlos sehen, oder gehen – sofern sie die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt haben – vorzeitig in Rente.

Analysen mit dem Sozioökonomischen Panel zeigen, dass die Personen, die zur Stillen Reserve gerechnet werden, häufig eine hohe Arbeitsbereitschaft zeigen (Holst und Schupp 1997). Die Stille Reserve kann deshalb als Teil des Arbeitskräfteangebots aufgefasst werden und zählt dann zum Erwerbspersonenpotenzial. Für das Jahr 2003 wird die Stille Reserve auf rund 1,6 Mio. Personen geschätzt (Fuchs, Walwei und Weber 2005). In Relation zur offiziellen (registrierten) Arbeitslosigkeit ist das mehr als ein Drittel. Dies verdeutlicht die Relevanz der Stillen Reserve für eine Schätzung der Arbeitsplatzlücke.

Die im folgenden verwendeten Angaben zur Stillen Reserve beruhen auf einer ökonomischen Schätzung (vgl. Fuchs 2002; Fuchs und Weber 2005a). Von der Stillen Reserve insgesamt wird anschließend die „Stille Reserve in Maßnahmen“ abgezogen. Diese setzt sich im Wesentlichen aus folgenden Gruppen zusammen: Teilnehmer an Vollzeit-Weiterbildungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit, an Deutschlehrgängen und an bestimmten Reha-Maßnahmen sowie Personen im Vorruhestand nach § 428 SGB III¹⁵. Der Teil der Stillen Reserve, der nach Abzug der „Stillen Reserve in Maßnahmen“ übrig bleibt, wird als „Stille Reserve i. e. S.“ bezeichnet. Mit dieser werden vor allem Entmutigungs- und Verdrängungseffekte abgebildet. Der davon betref-

¹² Nach Berechnungen von *Hartmann, Riede* (2005) zählten im Zeitraum zwischen Juli 2003 bis Juli 2004 etwa 2,5 Millionen Personen sowohl als erwerbslos als auch als arbeitslos, etwa 1,3 Millionen „nur“ als erwerbslos und „nur“ 1,9 Millionen als arbeitslos.

¹³ Im Übrigen entspricht die Zahl der Erwerbslosen trotz aller definitorischen Unterschiede meist in etwa der Zahl der registrierten Arbeitslosen (siehe *Fuchs, Walwei, Weber* 2005).

¹⁴ Zu beachten ist, dass Kurzarbeiter und Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM), Strukturanpassungsmaßnahmen sowie Beschäftigung schaffenden Infrastrukturmaßnahmen in der amtlichen Statistik als Erwerbstätige gezählt werden und damit nicht zur Stillen Reserve gehören.

¹⁵ Nach § 428 SGB II brauchen 58-jährige und ältere Leistungsempfänger der Arbeitsvermittlung nicht mehr zur Verfügung stehen. Von der Statistik werden sie dann nicht mehr bei den registrierten Arbeitslosen ausgewiesen. Sie werden deshalb zur Stillen Reserve gezählt.

fene Personenkreis hat sich völlig aus dem Erwerbsleben zurückgezogen. Anders als Maßnahmeteilnehmer werden Personen der „Stillen Reserve i. e. S.“ nicht durch Mittel der Arbeitsverwaltung finanziell unterstützt.

Sowohl absolut wie auch relativ – d. h. bezogen auf die Erwerbsfähigen – stellen Frauen den etwas größeren Teil der Stillen Reserve (Tabelle 2). Noch größer als der nach Geschlechtern ist der Ost-West-Unterschied. Obwohl sich die Stille Reserve in den neuen Ländern bereits deutlich abgebaut hat, zählen dort relativ weitaus mehr Menschen zur Stillen Reserve als in Westdeutschland.

Betrachtet man zunächst die „Stille Reserve in Maßnahmen“, sind Frauen – verglichen mit Männern – sowohl in den neuen wie in den alten Bundesländern unterrepräsentiert (Tabelle 2). Ein wesentlicher Grund dafür ist die unterschiedliche Inanspruchnahme der Vorruhestandsregelung nach § 428 SGB III. Dies ist nicht sonderlich überraschend, denn Frauen, sofern sie vor 1952 geboren sind, stand im Jahr 2003 noch die Altersrente für Frauen offen, wenn auch nur noch mit Abschlägen auf die Rente.

Tabelle 2

Die Stille Reserve nach Geschlechtern in Ost- und Westdeutschland^a im Jahr 2003

	Frauen			Männer			Insgesamt		
	NBL	ABL	D	NBL	ABL	D	NBL	ABL	D
	1 000 Personen								
Stille Reserve in Maßnahmen	108	215	323	133	326	459	241	541	782
+ Stille Reserve i.e.S.	91	425	516	37	276	313	128	701	829
Stille Reserve	198	640	839	170	603	772	369	1 242	1 611
Erwerbsfähige ^b	4 593	22 820	27 413	4 867	23 315	28 182	9 460	46 135	55 595
	%								
Anteil der Stillen Reserve an den Erwerbsfähigen	4,3	2,8	3,1	3,5	2,6	2,7	3,9	2,7	2,9

^a Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin. – ^b Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren.

Quellen: Fuchs, Weber (2005a, 2005b); Bundesagentur für Arbeit; Statistisches Bundesamt: Mikrozensus 2003; Berechnungen des IWH/IAB.

Der weitaus größte Teil der „Stillen Reserve i. e. S.“ sind Frauen, weil sie infolge der Unterbrechung durch Erziehungsurlaub u.ä. schwer in das Berufsleben zurückfinden, damit eher als Männer aus dem Arbeitsleben verdrängt werden und sich häufiger resigniert vom Arbeitsmarkt völlig zurückziehen. Gerade deshalb ist bei der geschlechtsspezifischen Betrachtung der Struktur und damit der Ursachen der „Arbeitsplatzlücke“ die Aufteilung der „Stillen Reserve in Maßnahmen“ und „Stille Reserve i. e. S.“ nützlich. Ohne diese Aufteilung der Stillen Reserve würde man die geschlechtsspezifische

Betroffenheit anders einschätzen, denn insgesamt unterscheidet sich die Stille Reserve von Frauen und Männer quantitativ nicht besonders – im Gegensatz zur westdeutschen Situation in den 80er Jahren, als deutlich mehr Frauen als Männer der Stillen Reserve zugerechnet wurden (Fuchs, Walwei und Weber 2005).

Die „Arbeitsplatzlücke“

Im Jahr 2003 fehlten in Ostdeutschland – bezogen auf 1 000 Erwerbsfähige – für 184 Frauen und für 173 Männer Arbeitsplätze; in Westdeutschland waren es 84 bzw. 102 (vgl. Tabelle 3). Das Defizit an Arbeitsplätzen zwischen den Geschlechtern lag demnach in Ostdeutschland bzw. Westdeutschland dicht beieinander. Der Abstand zwischen den ost- und westdeutschen Frauen war jedoch höher als zwischen den ost- und westdeutschen Männern.

Tabelle 3

Die „Arbeitsplatzlücke“ nach Geschlechtern in Ost- und Westdeutschland^a im Jahr 2003

	Frauen			Männer			Insgesamt		
	NBL	ABL	D	NBL	ABL	D	NBL	ABL	D
	Frauen			Männer			Insgesamt		
Registrierte Arbeitslose	645	1 286	1 931	672	1 774	2 446	1 317	3 060	4 377
+ Stille Reserve	198	640	839	170	603	772	369	1 242	1 611
= „Arbeitsplatzlücke“	843	1 926	2 770	842	2 376	3 218	1 686	4 302	5 988
	%								
Anteil der „Arbeitsplatzlücke i. e. S.“ an den Erwerbsfähigen ^b	18,4	8,4	10,1	17,3	10,2	11,4	17,8	9,3	10,8

^a Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin. – ^b Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren, siehe Tabelle 2.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg; Berechnungen des IWH/IAB.

Bei dieser Betrachtungsweise wird allerdings der tatsächliche Mangel an Arbeitsplätzen noch unterschätzt. Dies ist zum einen darauf zurückzuführen, dass in erheblichem Umfang Arbeitsplätze – wie beispielsweise durch Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen – staatlich subventioniert werden. Ohne staatliche Intervention würden diese Arbeitsplätze größtenteils nicht existieren. Hinzu kommt, dass viele Teilzeitbeschäftigte nur deshalb verkürzt arbeiten, weil sie keine Vollzeitstelle gefunden haben.¹⁶ Rechnet man diese beiden Personengruppen zur „Arbeitsplatzlücke“ hinzu, so ergibt sich folgendes Bild (vgl. Tabelle 4): Die „Arbeitsplatzlücke“ ist danach in den

¹⁶ Vgl. Statistisches Bundesamt: Mikrozensus Fachserie 1, Reihe 1.4.2 (Tabelle 3.17) und Tabelle 4.

neuen Bundesländern fast zwei ein halb mal so hoch wie in Westdeutschland. Bei den Frauen ist sie sogar drei mal so hoch wie in den Westdeutschland. Die ist vor allem dadurch bedingt, dass anteilig deutlich mehr ostdeutsche Frauen „ungewollt“ eine Teilzeitbeschäftigung ausüben, weil keine Vollzeitstelle vorhanden ist.

Tabelle 4

Die „Arbeitsplatzlücke i. w. S.“ nach Geschlechtern in Ost- und Westdeutschland^a im Jahr 2003

	Frauen			Männer			Insgesamt		
	NBL	ABL	D	NBL	ABL	D	NBL	ABL	D
	1000 Personen								
„Arbeitsplatzlücke i.e.S.“	843	1 926	2 769	842	2 377	3 219	1 685	4 303	5 988
+ Direkte Eingliederungshilfen ^b	107	112	219	149	205	354	256	317	573
+ Unfreiwillige Teilzeit	383	438	821	74	174	248	457	612	1069
= „Arbeitsplatzlücke i. w. S.“	1 333	2 476	3 809	1 065	2 756	3 821	2 398	5 232	7 630
	%								
Anteil der „Arbeitsplatzlücke i. w. S.“ an den Erwerbsfähigen ^c	29,0	10,9	13,9	21,9	11,8	13,6	25,3	11,3	13,7

^a Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin. – ^b Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen einschließlich traditionelle Strukturanpassungsmaßnahmen und Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen; Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten; Teilnehmer an Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Unternehmen (SAM OfW); Arbeitnehmer mit Eingliederungszuschüssen, Einstellungszuschüssen bei Vertretung, Einstellungszuschüssen bei Neugründung, Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose, Arbeitnehmerhilfen bzw. Arbeitsentgeltzuschuss; Überbrückungsgeld; Teilnehmer am Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit und am Programm JUMP+ sowie die im Rahmen der sogenannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt); durch PSA betreute Personen, durch „Kapital für Arbeit“ beschäftigte Personen und „Ich-AGs“; Entgeltsicherung für Ältere. – ^c Erwerbsfähige aus Tabelle 2.

Quellen: Statistisches Bundesamt: Mikrozensus 2003; Bundesagentur für Arbeit; Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg; Berechnungen des IWH/IAB.

Auch bei dieser Rechnung dürfte der tatsächliche Arbeitsplatzmangel noch unterschätzt werden. Dies ist unter anderem durch folgende Ursachen bedingt: *Erstens* ist nicht bekannt, wie viele ausschließlich geringfügig Beschäftigte im Falle des Angebots einer SV-pflichtigen Voll- bzw. Teilzeitbeschäftigung in diese wechseln würden. Das gleiche gilt für die sogenannten „Kurzfristigen Beschäftigungsverhältnisse“.¹⁷ *Zweitens* ist zu berücksichtigen, dass ein großer Teil der ausschließlich geringfügig Beschäftigten jünger als 25 Jahr oder 60 Jahre alt und älter sind und sich damit entweder im Bildungssystem oder bereits in Altersrente bzw. vorgezogenem Ruhestand befinden (vgl. Fuchs und Söhnlein 2003). Deren Arbeitsmarktnähe ist anders zu bewerten als die von Perso-

¹⁷ Eine „Kurzfristige Beschäftigung“ liegt vor, wenn die Tätigkeit im Laufe eines Kalenderjahres auf nicht mehr als zwei Monate oder insgesamt 50 Arbeitstage begrenzt ist oder im voraus vertraglich begrenzt ist. Zu den Problemen ihrer statistischen Erfassung vgl. Bundesagentur für Arbeit (2004), S.4 f.

nen, die sich in der Lebensphase zwischen dem Abschluss der Berufsbildung und dem frühestmöglichen Eintritt in das Rentensystem befinden. *Drittens* wird in der vorliegenden Rechnung die sogenannte „Stillste Reserve“ nicht berücksichtigt. Zu dieser Gruppe gehören Personen unter den Nichterwerbstätigen, die weder in (Aus-)Bildung sind, noch eine Form von Transfers oder kleine Nebenerwerbseinkommen beziehen (Holst 2004, S.164). Ihre Größe wird in Deutschland für das Jahr 2001 auf ca. 3,8 Millionen Personen geschätzt, von denen ca. 90% Frauen sind. Etwa 0,9 Millionen der betroffenen Frauen würden mit hoher Wahrscheinlichkeit erwerbstätig werden (Holst 2004, S.165). Und *viertens* schließlich kann – wie bereits dargelegt – eine Person in zwei oder mehr arbeitsstatistischen Größen erfasst werden. So können bei den Arbeitsagenturen gemeldete Arbeitslose bis zu 15 Wochenstunden tätig sein und werden dann im System der Arbeitsmarktstatistiken sowohl bei den Erwerbstätigen als auch bei den Arbeitslosen erfasst. Dies alles spricht dafür, dass die hier angegebene „Arbeitsplatzlücke“ eine Untergrenze des tatsächlich vorhandenen Mangels an Arbeit markiert.

Der Genauigkeitsgrad der Berechnungen zur „Arbeitsplatzlücke“ könnte dadurch erhöht werden, wenn in der amtlichen Statistik nicht nur die Arbeitsnachfrage, sondern auch das Arbeitsangebot in Arbeitsstunden ausgewiesen würde. Das Angebot an Arbeitsplätzen ist sowohl durch die Zahl der Arbeitnehmer (Vollzeit-, Teilzeit, geringfügig Beschäftigte) als auch durch die geleisteten Arbeitsstunden statistisch relativ sicher erfasst. Gesamtwirtschaftlich zeigt sich dies durch die Zahl der Erwerbstätigen, das geleistete Arbeitsvolumen, die Zahl der offenen Stellen bzw. das hinter den offenen Stellen stehende Arbeitsvolumen. Lückenhaft sind jedoch die Kenntnisse zu der von den Arbeitnehmern gewünschten (angebotenen) Arbeitszeit (Fuchs 2001). Die genauere Messung der „Arbeitsplatzlücke“ setzt demnach die Kenntnis des in Arbeitsstunden gemessenen Arbeitsangebots voraus.

5. Ursachen für die geschlechtsspezifische „Arbeitsplatzlücken“ in Ost- und Westdeutschland

Angesichts einer Arbeitsplatzausstattung der erwerbstätigen Inländer, die 94% des westdeutschen Vergleichswertes bei den Frauen und 88% bei den Männern erreicht, überrascht die doppelt so hohe Unterbeschäftigungsquote in Ostdeutschland.¹⁸ Diese ist auf zwei Ursachen zurückzuführen. Zum einen ist die Erwerbsbeteiligung der ostdeutschen Frauen nach wie vor höher als die der Westdeutschen (Verhaltenskomponente). Zum anderen stehen aufgrund des wirtschaftlichen Gefälles den Ostdeutschen je 1 000 Erwerbsfähigen tatsächlich weniger Arbeitsplätze zur Verfügung als den Westdeutschen (Strukturkomponente).

Verhaltenskomponente

Die ostdeutschen Frauen haben nach der Wende mit all ihren ökonomischen und sozialen Verwerfungen – in stärkerem Maße als von manchen Beobachtern erwartet – am Wunsch nach (Vollzeit)Erwerbstätigkeit festgehalten.²⁰ Die Gründe für diese „ungebrochene Erwerbsneigung“ sind komplex. Die kulturell-normativen Vorstellungen über *die Vereinbarkeit von Beruf und Familie* für Frauen spielen genauso eine Rolle wie materielle Aspekte, und zwar die Notwendigkeit von zwei *Einkommen* in der Familie zum Erhalt des Lebensstandards.²¹

Betrachtet man zunächst Umfang und Struktur der Erwerbsbeteiligung der Frauen, so betrug die Erwerbstätigenquote der 15 bis unter 65jährigen Frauen in Ostdeutschland im Jahr 1991 66,7%, in Westdeutschland lag sie bei 54,6%.²² Bis zum Jahr 2003 sank sie in Ostdeutschland auf 57,2%, während sie bei den westdeutschen Frauen auf 57,1% gestiegen ist. Damit hat sich die statistisch ausgewiesene Erwerbsbeteiligung der Frauen in beiden Regionen angenähert.

Diese annähernd gleichen Erwerbstätigenquoten dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich dahinter nach wie vor unterschiedliche Erwerbsneigungen und eine unterschiedliche Partizipation am Arbeitsmarkt verbergen (vgl. beispielsweise Beckmann 2003; Wanger 2005,2006). So ist der Anteil von Frauen mit Teilzeitbeschäftigung bzw. mit ausschließlich geringfügiger Beschäftigung im früheren Bundesgebiet höher als in den neuen Ländern (vgl. Tabelle 5). Dies trifft noch verstärkt zu, wenn der Anteil er-

¹⁸ Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die „Arbeitsplatzlücke i. e. S.“ (vgl. Tabelle 3).

¹⁹ Zu diesem Personenkreis zählen die Erwerbstätigen (Inländer) sowie die Unterbeschäftigten i. w. S.

²⁰ Vgl. hierzu auch Bonin, Euwals, Rob (2005).

²¹ Vgl. Dölling (2003); Besenthal, Lang (2005).

²² Statistisches Bundesamt: Fachserie 1, Reihe 1.4.2.

werbstätiger Mütter betrachtet wird. Beispielsweise arbeiteten 2003 47,6% der Mütter mit zwei Kindern in den alten Bundesländern maximal 35 Wochenstunden und nur 13,8% waren 36 und mehr Stunden tätig. In den neuen Ländern lagen diese Anteile bei 28,2% und 44,1%. Der Anteil erwerbsloser Frauen betrug zum gleichen Zeitpunkt 5,6% in den alten Bundesländern (5,3% bei Müttern mit zwei Kindern) und 15,0% in den neuen Ländern (18,0% bei Müttern mit zwei Kindern). Hinzu kommt, dass Teilzeittätigkeit von vielen ostdeutschen Frauen nur deshalb ausgeübt wird, weil keine Vollzeittätigkeit zu finden ist (vgl. Tabelle 6). In Ostdeutschland unterscheiden sich teilzeittätige Mütter in dieser Einschätzung kaum von teilzeittätigen Frauen ohne Kinder.

Tabelle 5

Die Teilzeitquote^a nach Geschlechtern in Ost- und Westdeutschland^b im Jahr 2003
- in % -

	Frauen			Männer			Insgesamt		
	NBL	ABL	D	NBL	ABL	D	NBL	ABL	D
Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte	18,3	20,7	20,3	2,9	3,2	3,1	10,3	11,2	11,1
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	10,7	17,7	16,7	7,1	6,3	6,4	8,8	11,6	11,2
Insgesamt	29,0	38,4	37,0	10,0	9,5	9,5	19,1	22,8	22,3

^a Anteil der sozialversicherungspflichtigen Teilzeitbeschäftigten bzw. der ausschließlich geringfügig Beschäftigten an den Erwerbstätigen (Inland). – ^b Ostdeutschland ohne Berlin; Westdeutschland mit Berlin.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IWH/IAB.

Tabelle 6

Teilzeitbeschäftigte Frauen im Alter von 15 bis 65 Jahren im Jahr 2003 nach Gründen für die Teilzeittätigkeit
- in % -

	Deutschland			ABL ^a			NBL ^a		
	gesamt	ohne Kinder	mit Kindern	gesamt	ohne Kinder	mit Kindern	gesamt	ohne Kinder	mit Kindern
Vollzeittätigkeit nicht zu finden	13,0	19,2	9,8	7,9	14,0	4,8	52,3	53,0	51,8
Persönliche oder familiäre Verpflichtungen	60,8	31,6	76,0	66,0	35,4	81,5	20,8	6,8	30,1
Sonstige Gründe	26,2	49,2	14,2	26,1	50,6	13,7	26,9	40,2	18,1
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

^a Westdeutschland mit Berlin-West; Ostdeutschland mit Berlin-Ost.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IWH/IAB.

Der – gegenüber Ostdeutschland – hohe Anteil der westdeutschen Frauen, die ihre Teilzeitbeschäftigung mit persönlichen und familiären Verpflichtungen begründen, resultiert auch aus dem unterschiedlichen Rollenverständnis über die Vereinbarkeit von Beruf und Familie (vgl. Tabelle 7). Während beispielsweise 41% der westdeutschen Frauen der Meinung sind, dass eine Frau zur Versorgung der Kinder zu Hause bleiben sollte, beträgt die Zustimmung zu diesem eher traditionellen Rollenverständnis unter den ostdeutschen Frauen nur 15%.

Tabelle 7:

Einstellungen zur Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familie bei Frauen in Ost- und Westdeutschland^a

- in % -

Zustimmung (stimme voll zu/ stimme eher zu)	ABL	NBL
„Frau sollte nach Heirat Arbeitsplatz freimachen“	39	24
darunter: Frauen	36	23
„Frau sollte zu Hause bleiben und Kinder versorgen“	42	17
darunter: Frauen	41	15
„Frau ist bessere Mutter, wenn sie berufstätig ist“	47	81
darunter: Frauen	55	85
„Frau mit Kleinkind sollte nicht arbeiten“	63	29
darunter: Frauen	57	23

^a Ostdeutschland mit Berlin-Ost. Westdeutschland mit Berlin-West.

Quellen: Allbus 2004; Berechnungen des IWH/IAB.

Neben dem anderen Verhaltensmuster der ostdeutschen Frauen spielt jedoch auch die Einkommenssituation der Haushalte eine Rolle. So verfügte im Jahr 2002 ein Durchschnittshaushalt in Ostdeutschland nur über 77% des Bruttoeinkommen eines westdeutschen Haushaltes, wobei sich der Anstand in den letzten Jahren sogar wieder vergrößert hat (Brenke, Karl 2005). Dies begründet auch den höheren Anteil der ostdeutschen Frauen am Haushalteinkommen. Im Jahr 2003 betrug der Anteil der Einkommen aus unselbständiger Arbeit der ostdeutschen Frauen an den Einkommen der Paarhaushalte, in denen mindestens ein Partner ein Einkommen aus unselbständiger Arbeit bezogen hatte, 44,6%, während er bei den westdeutschen Frauen nur bei 28,0% lag.²³

²³ Statistisches Bundesamt (2004): Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003; eigene Berechnungen; Ostdeutschland mit Berlin-Ost, Westdeutschland einschließlich Berlin-West.

Strukturkomponente

Im Zeitraum von 1991 bis 2003 ging in den neuen Bundesländern sowohl die Zahl der erwerbstätigen Frauen als auch die der Männern zurück (vgl. Tabelle 8). Der Rückgang betrug bei den Frauen 8,4%, bei den Männern 17,8%. Damit erhöhte sich der Anteil der Frauen an der Zahl der Erwerbstätigen um mehr als 2 Prozentpunkte. In den alten Bundesländern stand einem kräftigen Zuwachs der Frauenbeschäftigung von 13,5% ein Rückgang der erwerbstätigen Männer um 4,2% gegenüber. Der Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen erhöhte sich damit sogar um mehr als 4 Prozentpunkte.

Tabelle 8

Erwerbstätige nach Geschlecht in Ost- und Westdeutschland^a im Jahr 1991 und 2003
- in 1 000 Personen -

	1991			2003			Veränderung 2003/1991		
	weib- lich	männ- lich	ins- gesamt	weib- lich	männ- lich	ins- gesamt	weib- lich	männ- lich	ins- gesamt
Neue Bundesländer	3 195	3 797	6 992	2 928	3 159	6 087	-267	-638	-905
Alte Bundesländer	13 359	18 148	31 507	15 166	17 379	32 545	1 807	-769	1 038
<i>Nachrichtlich:</i>	Geschlechtsstruktur in %								
Neue Bundesländer	45,7	54,3	100,0	48,1	51,9	100,0			
Alte Bundesländer	42,4	57,6	100,0	46,6	53,4	100,0			

^a Ostdeutschland ohne Berlin. Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Wanger (2005), Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder; Berechnungen des IWH/IAB.

Betrachtet man die hoch aggregierten Berufsbereiche (vgl. Tabelle 9), so ist der Rückgang der Zahl der erwerbstätigen ostdeutschen Frauen zwischen 1991 und 2003 in Höhe von knapp 270 000 erwerbstätigen Frauen zu etwa der Hälfte auf den Berufsbereich „Fertigungsberufe“ und zu etwa einem Drittel auf die „Dienstleistungsberufe“ zurückzuführen.²⁴ Damit haben Frauen in ihrer „Domäne“, den Dienstleistungsberufen, Arbeitsplatzverluste hinnehmen müssen. Bei den ostdeutschen Männern entfielen ca. vier Fünftel des Rückgangs in Höhe von ca. 640 000 Personen auf die Bereiche „Fertigungsberufe“ und „Technische Berufe“, in denen sie ca. 90% aller Beschäftigten ausmachen. Zwar sind innerhalb dieser Berufsbereichen gegenläufige Bewegungen zu beobachten (Biersack 2002). Das Erklärungsmuster, dass Männer in den von ihnen dominierten Bereichen überproportional Arbeitsplätze verloren haben und Frauen ihre (rela-

²⁴ Berechnet nach *Statistisches Bundesamt*: Fachserie 1, Reihe 1.4.2.

tive) Präsenz auf dem Arbeitsmarkt im Großen und Ganzen behaupten konnten, kann jedoch an Hand der Veränderungen zwischen den hoch aggregierten Berufsbereichen nachgewiesen werden.

Tabelle 9:

Berufsstruktur der Erwerbstätigen nach Geschlecht in Ost- und Westdeutschland^a im Jahr 1991 und 2003

Berufsbereiche	1991			2003		
	weiblich	männlich	insgesamt	weiblich	männlich	insgesamt
	in %					
Neue Bundesländer						
Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	3,7	4,6	4,2	2,8	3,0	2,9
Bergleute, Mineralgewinner	0,0	0,4	0,2	0,0	0,3	0,1
Fertigungsberufe	14,8	44,5	30,9	7,4	40,0	24,9
Technische Berufe	4,7	9,0	7,0	3,7	6,9	5,4
Dienstleistungsberufe	73,6	38,0	54,3	84,6	47,6	64,7
sonstige	3,2	3,5	3,4	1,5	2,2	1,9
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
<i>Nachrichtlich:</i>	in 1 000 Personen					
	3 195	3 797	6 992	2 928	3 159	6 087
	in %					
Alte Bundesländer						
Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	3,7	3,6	3,6	2,0	3,0	2,6
Bergleute, Mineralgewinner	0,0	0,4	0,3	0,0	0,3	0,2
Fertigungsberufe	14,1	39,0	29,1	9,0	33,4	22,7
Technische Berufe	2,0	8,9	6,1	2,2	10,3	6,7
Dienstleistungsberufe	76,9	45,2	57,9	85,3	50,9	66,0
sonstige	3,2	2,8	3,0	1,5	2,0	1,8
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
<i>Nachrichtlich:</i>	in 1 000 Personen					
	13 359	18 148	31 507	15 166	17 379	32 545

^a Ostdeutschland mit Berlin-Ost. Westdeutschland mit Berlin-West.

Quellen: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder; Statistisches Bundesamt: Fachserie 1, Reihe 1.4.2; Berechnungen des IWH/IAB.

Quantitativer Einfluss der Komponenten auf die „Arbeitsplatzlücke“

Die höhere Erwerbsbeteiligung der Ostdeutschen (Verhaltenskomponente) zeigt sich darin, dass es je 1 000 erwerbsfähige Ostdeutsche 819 Personen gibt, die eine Erwerbstätigkeit ausüben bzw. suchen (Westdeutschland: 799).²⁵ Rechnet man die um 2 Prozentpunkte höhere Erwerbsbeteiligungsquote auf die Zahl der Erwerbsfähigen hoch, so werden durch diese Verhaltenskomponente 188 000 Arbeitsplätze mehr nachgefragt als dies bei Zugrundelegung der westdeutschen Erwerbsbeteiligungsquote der Fall wäre (vgl. Tabelle 10). Aufgrund des wirtschaftlichen Gefälles (Strukturkomponente) stehen den Ostdeutschen mit 641 Arbeitsplätzen je 1 000 Erwerbsfähigen tatsächlich 65 Arbeitsplätze weniger zur Verfügung als den Westdeutschen (vgl. Tabelle 1). Bei 9,46 Mio. Erwerbsfähigen sind dies etwa 615 000 Arbeitsplätze. Dies ist die Zahl an Arbeitsplätzen, die den Ostdeutschen bei einer gleich hohen Arbeitsplatzausstattung wie in Westdeutschland zusätzlich zur Verfügung stünden. Bei Wegfall beider Faktoren wäre die „Arbeitsplatzlücke“ der erwerbsfähigen Ostdeutschen identisch mit der der Westdeutschen.

Tabelle 10:

Komponenten der „Arbeitsplatzlücke i.e.S.“ in Ostdeutschland^a

- in 1 000 Personen -

	Frauen	Männer	Insgesamt
Verhaltenskomponente	273	-95	188
Strukturkomponente	180	435	615
Insgesamt	463	340	813

^a Ostdeutschland ohne Berlin. Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IWH/IAB.

Betrachtet man diese beiden Komponenten nach Geschlechtern, so ergibt sich folgendes Bild (vgl. Tabelle 10). Zwei Drittel der – verglichen mit dem westdeutschen Vergleichswert – höheren „Arbeitsplatzlücke“ bei den ostdeutschen Frauen sind aus der höheren Erwerbsneigung (Verhaltenskomponente) und ein Drittel aus strukturellen Ursachen zu erklären. Bei den ostdeutschen Männern hingegen sind die strukturelle Unterschiede der entscheidende Faktor zur Erklärung der „Arbeitsplatzlücke“. Wäre die Erwerbsneigung der ostdeutschen Männer gleich hoch wie die der westdeutschen, so wäre die „Arbeitsplatzlücke“ bei den ostdeutschen Männern sogar noch um 95 000 Personen größer.

²⁵ Zu diesem Personenkreis zählen die Erwerbstätigen (Inländer) sowie die Unterbeschäftigten i. w. S.

6. Schlussbemerkungen

Bei weitgehender Angleichung der „Arbeitsplatzausstattung“ zwischen Ost- und Westdeutschen ist die Diskrepanz zwischen der Arbeitsnachfrage und dem Arbeitsangebot in Ostdeutschland deutlich ausgeprägter als in Westdeutschland. Der Blick allein auf die Arbeitslosenzahl macht die tatsächliche „Arbeitsplatzlücke“ nicht vollständig sichtbar. Dies wird noch deutlicher, wenn man diese Diskrepanz nach Geschlechtern betrachtet: Obwohl die ostdeutschen erwerbsfähigen Frauen etwa ein Zehntel mehr Arbeitsstunden leisten als die westdeutschen, fehlen je 1 000 erwerbsfähige Frauen dreimal mehr Arbeitsplätze als in Westdeutschland. Bei den ostdeutschen Männern, denen anteilig weniger Arbeitsplätze zur Verfügung stehen als den westdeutschen, ist die „Arbeitsplatzlücke“ doppelt so groß wie bei ihren westdeutschen Kollegen. Die Ursachen für den deutlichen stärkeren Mangel an Arbeitsplätzen in Ostdeutschland liegen zum einen in der deutlich höheren Erwerbsneigung der ostdeutschen Frauen, die durch den anhaltend ausgeprägten Wunsch der ostdeutschen Frauen nach einer (Voll)Erwerbstätigkeit sowie in der Notwendigkeit eines zweiten Haushalteinkommens begründet ist. Zum anderen hat sich in Ostdeutschland eine Produktionsstruktur herausgebildet, die durch den starken Rückgang von Beschäftigungsmöglichkeiten insbesondere in männerdominierten Branchen geprägt ist. Dies hat die Chancen der Frauen – gemessen an denen der ostdeutschen Männer – verbessert. Da die Ursachen, die zu der deutlich höheren „Arbeitsplatzlücke“ in Ostdeutschland führen, sich als persistent erwiesen haben, ist – verglichen mit Westdeutschland – auch mittelfristig mit einem deutlich höherem Mangel an Arbeit für die ostdeutschen Frauen und Männer zu rechnen.

Literaturverzeichnis

- Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder* (2005): Erwerbstätige in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2004.
- Autorengemeinschaft* (2003): Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 2003 und 2004. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr.1, S. 7-45.
- Bach, Hans-Uwe; Hummel, Markus; Kaufmann, Klara; Reinberg, Alexander* (2005): Zentrale Indikatoren des deutschen Arbeitsmarktes, in: Allmendinger, Jutta; Eichhorst, Werner; Walwei, Ulrich (Hrsg.), IAB Handbuch Arbeitsmarkt. Analysen, Daten, Fakten. Frankfurt, New York, S. 193-253.
- Bach, Hans-Uwe* (2002): Erwerbstätigkeit, Arbeitszeit und Arbeitsvolumen von Männern und Frauen im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – die neunziger Jahre, in: Engelbrecht, G. (Hrsg.), Arbeitsmarktchancen für Frauen, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (BeitrAB) 258, S. 15-33.
- Becker, Irene* (2002): Frauenerwerbstätigkeit hält Einkommensarmut von Familien in Grenzen, in: DIW Berlin, Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 1/2002, S.126-146.
- Beckmann, Petra; Kurtz, Beate* (2001): Erwerbstätigkeit von Frauen – Die Betreuung der Kinder ist der Schlüssel. IAB-Kurzbericht, Nr. 10.
- Beckmann, Petra* (2003): Die Beschäftigungsquote – (k)ein guter Indikator für die Erwerbstätigkeit von Frauen? Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg.
- Besenthal, Andrea; Lang, Cornelia* (2004): Erwerbsorientierung von Frauen und Einstellungen zu Erwerbstätigkeit und Familie, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 1/2004 S. 23-29.
- Biersack, Wolfgang* (2002): Überblick zur Beschäftigung und Arbeitslosigkeit von Frauen nach Berufen, in: Engelbrecht, G. (Hrsg.), Arbeitsmarktchancen für Frauen, BeitrAB 258, S. 127-145.
- Bonin, Holger; Euwals, Rob* (2001): Participation Behavior of East German Women after German Unification, IZA DP No. 413.
- Bonin, Holger; Euwals, Rob* (2005): Why Are Labor Force Participation Rates of East German Women so High? Applied Economics Quarterly, Heft 4, S.359-386.

- Bothfeld, Silke; Ziegler, Astrid* (2005): Wie viel uns die Frauenerwerbstätigkeit wert? Bundesarbeitsblatt, Heft 12, S. 4-12.
- Brautzsch, Hans-Ulrich* (2004): „Arbeitsplatzlücke“ im Osten fast doppelt so hoch wie im Westen, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 11/2004, S. 295-300.
- Brautzsch, Hans-Ulrich* (2005): Ist die Frauenbeschäftigung im Osten höher als im Westen?, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 5/2005, S. 153-156.
- Brenke, Karl* (2005): Einkommensentwicklung der privaten Haushalte in Deutschland – Ostdeutschland fällt zurück, in: DIW Wochenbericht, Berlin, Nr.18. S. 319-327.
- Büchel, Felix; Spiess, C. Katharina* (2002): Form der Kinderbetreuung und Arbeitsmarkterhalten von Müttern in West- und Ostdeutschland, in: BMFSFJ (Hrsg.), Schriftenreihe 220, Stuttgart.
- Bundesanstalt für Arbeit* (2000): Arbeitsmarkt für Frauen. Sonderdruck aus den amtlichen Nachrichten der BA, Nr.4.
- Bundesagentur für Arbeit* (2004): Mini- und Midijobs in Deutschland, Sonderbericht. Nürnberg.
- Dölling, Irene* (2003): Geschlechtervertrag und Geschlechterarrangement in den neuen Bundesländern, in: KulturRation – Onlinejournal 1/2004.
- Engelbrech, Gerhard* (2002): Beschäftigung und Arbeitslosigkeit von Männern und Frauen: Von der Arbeitsmarktkrise der 90er Jahre ins neue Jahrtausend, in: Engelbrech, G. (Hrsg.), Arbeitsmarktchancen für Frauen, BeitrAB 258, S. 3-13.
- Engelbrech, Gerhard; Jungkunst, Maria* (1998): Erwerbsbeteiligung von Frauen und Kinderbetreuung in ost- und westdeutschen Familien. IAB-Werkstattbericht, Nr.2.
- Engelbrech, Gerhard; Jungkunst, Maria* (2000): Auch im Osten werden Frauen im Strukturwandel gewinnen, in: IAB-Kurzbericht, Nr.11.
- Engelbrech, Gerhard; Gruber, Hannelore; Jungkunst, Maria* (1997): Erwerbsorientierung und Erwerbstätigkeit ost- und westdeutscher Frauen unter veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr. 1, S. 150-169.
- Engelbrech, Gerhard; Jungkunst, Maria* (2001): Erwerbsbeteiligung von Frauen – Wie bringt man Beruf und Kinder unter einen Hut? IAB-Kurzbericht, Nr.7.
- Falk, Susanne* (2002): Geschlechtsspezifische berufliche Segregation in Ostdeutschland zwischen Persistenz, Verdrängung und Angleichung: ein Vergleich mit West-

- deutschland für die Jahre 1991 – 2000, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr. 1, S. 37-59.
- Fuchs, Johann* (2001): Der Zusammenhang von Stiller Reserve und geringfügiger Beschäftigung, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr. 2, S. 152-164.
- Fuchs, Johann* (2002): Erwerbspersonenpotential und Stille Reserve – Konzeption und Berechnungsweise, in: Kleinhenz, G. (Hrsg.), IAB-Kompendium Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, BeitrAB 250.
- Fuchs, Johann; Söhnlein, Doris* (2003): Lassen sich die Erwerbsquoten des Mikrozensus korrigieren? – Erwerbstätigenrevision des Statistischen Bundesamtes: Neue Basis für die IAB-Potentialschätzung und Stille Reserve. 246 KB Reihe / Serie: IAB-Werkstattbericht Nr. 12. Nürnberg: 38 S.
- Fuchs, Johann; Weber, Brigitte* (2004): Frauen in Ostdeutschland: Erwerbsbeteiligung weiterhin hoch. IAB Kurzbericht, Nr. 4.
- Fuchs, Johann; Weber, Brigitte* (2005a): Neuschätzung der Stillen Reserve und des Erwerbspersonenpotentials für Westdeutschland (inkl. Berlin-West). IAB-Forschungsbericht, Nr. 15/2005.
- Fuchs, Johann; Weber, Brigitte* (2005b): Neuschätzung der Stillen Reserve und des Erwerbspersonenpotentials für Ostdeutschland (inkl. Berlin-Ost). IAB-Forschungsbericht, Nr. 18/2005.
- Fuchs, Johann; Walwei, Ulrich; Weber, Brigitte* (2005): Die „Stille Reserve“ gehört ins Bild vom Arbeitsmarkt. IAB-Kurzbericht, Nr.21.
- Hartmann, Michael; Riede, Thomas*. (2005): Erwerbslosigkeit nach dem Labour-Force-Konzept - Arbeitslosigkeit nach dem Sozialgesetzbuch: Gemeinsamkeiten und Unterschiede, in: Wirtschaft und Statistik Nr.4, S. 303-310.
- Holst, Elke* (2000): Die Stille Reserve am Arbeitsmarkt. Größe – Zusammensetzung – Verhalten. Berlin.
- Holst, Elke* (2004): Stille und „stillste“ Reserve für die Erwerbsarbeit, in. Statistisches Bundesamt: Analyse von Lebenszyklen, Wiesbaden, S. 151-166.
- Holst, Elke; Schupp, Jürgen* (1996): Erwerbstätigkeit von Frauen in Ost- und Westdeutschland weiterhin von steigender Bedeutung, in: DIW Wochenbericht, Berlin, Nr. 28, S. 461-469.
- Holst, Elke; Schupp, Jürgen* (1997): Hohe Fluktuation in der Stillen Reserve, in: DIW Wochenbericht, Berlin, Nr. 47, S. 921-928.

- Holst, Elke; Schupp, Jürgen* (2001): Erwerbsverhalten von Frauen: Trotz Annäherung immer noch deutliche Unterschiede zwischen Ost und West, in: DIW Wochenbericht, Berlin, 42/2001, S. 648-658.
- Kettner, Anja; Spitznagel, Eugen* (2005): Gesamtwirtschaftliches Stellenangebot gering. IAB-Kurzbericht, Nr.6.
- Koch, Susanne* (2000): Arbeitszeitrealität und Arbeitszeitwünsche von Männern und Frauen, in: Engelbrecht, G. (Hrsg.), Arbeitsmarktchancen für Frauen, BeitrAB 258, S.49-66.
- Lang, Cornelia* (1997): Berufliche Selbständigkeit – Königsweg oder Notlösung?, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 9/1007, S. 3-7.
- Rengers, Martina* (2005): Die monatliche Erwerbslosenzeitreihe der ILO-Arbeitsmarktstatistik, in: Wirtschaft und Statistik, Nr. 10, S. 1049-1070.
- Rengers, Martina* (2006): Unterbeschäftigung als Teil des Labour-Force-Konzeptes, in: Wirtschaft und Statistik, Nr. 3, S. 238-256.
- Rudolph, Helmut* (1998): „Geringfügige Beschäftigung“ mit steigender Tendenz. Erhebungskonzepte, Ergebnisse und Interpretationsprobleme der verfügbaren Datenquellen. IAB-Werkstattbericht, Nr.9.
- Schäfer, Andrea; Vogel, Claudia* (2005): Teilzeitbeschäftigung als Arbeitsmarktchance, in: DIW Wochenbericht, Nr. 7, S. 131-138.
- Statistisches Bundesamt*: Fachserie 1, Reihe 4.1.2.
- Statistisches Bundesamt*: Fachserie 18, Reihe 1.3.
- Statistisches Bundesamt* (2000): Entstehung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts 1970 bis 1989. Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR, Heft 33.
- Statistisches Bundesamt* (2004): Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003.
- Stephan, Gesine* (1995): Zur Dynamik des Arbeitsangebotes von Frauen. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Wanger, Susanne* (2005): Beschäftigungsgewinne sind nur die halbe Wahrheit. IAB-Kurzbericht, Nr.22.
- Wanger, Susanne* (2006): Erwerbstätigkeit, Arbeitszeit und Arbeitsvolumen nach Geschlecht und Altersgruppen. IAB-Forschungsbericht, Nr.2/2006.